

CONV 204/02

WG IV 7

VERMERK

des	Sekretariats
für	die Gruppe IV „Einzelstaatliche Parlamente“
<u>Betr.:</u>	Ergebnisse der Sitzung vom 18. Juli 2002

1. Die Gruppe hatte im Hinblick auf die am 22. Juli stattfindende gemeinsame Sitzung mit der Gruppe I einen Gedankenaustausch über die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente hinsichtlich der Überwachung des Subsidiaritätsprinzips. Dabei wurde auf folgende Fragen eingegangen:

Spielen die einzelstaatlichen Parlamente eine Rolle bei der Überwachung der Subsidiarität?

2. Die Gruppe war sich darin einig, dass den einzelstaatlichen Parlamenten eine Rolle bei der Überwachung der Subsidiarität zukommt. Nach Auffassung einiger Mitglieder der Gruppe tragen die einzelstaatlichen Parlamente aufgrund ihrer primär gesetzgeberischen Aufgaben eine wichtige Verantwortung bei der Überwachung des Subsidiaritätsprinzips. In diesem Zusammenhang meinten einige Mitglieder, die einzelstaatlichen Parlamente wären näher am Bürger und es sei nur logisch, dass sie bei Entscheidungen darüber, ob gesetzgeberische Maßnahmen am besten auf nationaler oder auf supranationaler ergehen sollen, mitzureden hätten.

Sollen sie diese Rolle allein oder gemeinsam mit anderen wahrnehmen?

3. Die Gruppe vertrat einhellig die Auffassung, dass die Kommission, das Europäische Parlament und der Rat bei der Vorlage und der Prüfung von Entwürfen für Rechtsvorschriften eine zentrale Verantwortung haben, für die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips zu sorgen. Es wurde betont, dass die uneingeschränkte Wahrung der Subsidiarität praktisch nur möglich

ist, wenn alle Beteiligten einbezogen werden. Ferner wurde die Meinung vertreten, dass die derzeitigen Befugnisse der europäischen Institutionen durch eine Stärkung der diesbezüglichen Rolle der einzelstaatlichen Parlamente nicht geschwächt werden sollte.

4. Einige Mitglieder der Gruppe brachten die Rolle des Gerichtshofs zur Sprache: diesem sollte die (nachträglich) Prüfung von Fällen übertragen werden, mit denen er befasst worden ist und die die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips betreffen, auch wenn von der Gruppe allgemein anerkannt wurde, dass das Subsidiaritätsprinzip im Wesentlichen ein politisches Prinzip ist.

In welchem Stadium – oder in welchen Stadien – des Rechtsetzungsverfahrens sollten die einzelstaatlichen Parlamente eingreifen?

5. Die Mehrheit der Redner vertrat die Auffassung, dass die einzelstaatlichen Parlamente so früh wie möglich einbezogen werden sollten, etwa in der Phase der Vorbereitung der Rechtsetzung, und zwar durch frühzeitige Prüfung des jährlichen Legislativprogramms der Kommission durch die einzelstaatlichen Parlamente.
6. Einige Mitglieder der Gruppe schlugen vor, dass die einzelstaatlichen Parlamente zu Beginn des Rechtsetzungsprozesses den Entwurf von Rechtsvorschriften (direkt von der Kommission) erhalten und prüfen sollen, ob der Vorschlag in Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip steht. Ferner wurde angeregt, den einzelstaatlichen Parlamenten die Möglichkeit einzuräumen, den Entwurf von Rechtsvorschriften am Ende des Prozesses nochmals zu prüfen, da an den Texten im Laufe der Verhandlungen häufig beträchtliche Änderungen vorgenommen würden. Ebenfalls zur Sprache gebracht wurde die Möglichkeit für die einzelstaatlichen Parlamente, sich während des Prozesses jederzeit einzuschalten.

Welcher Mechanismus wäre am geeignetsten?

7. Die Mehrheit der Redner sprach sich für einen „prozessorientierten“ Ansatz und gegen die Schaffung neuer Gremien oder Institutionen aus. Gleichwohl sollten nach Auffassung einiger Mitglieder Überlegungen darüber angestellt werden, ob die einzelstaatlichen Parlamente auch die Möglichkeit erhalten sollen, bestimmte Angelegenheiten gemeinsam zu erörtern, zum Beispiel das jährliche Arbeitsprogramm der Kommission. Ein Mitglied der Gruppe vertrat die Auffassung, dass die Option eines Subsidiaritätsüberwachungsgremiums, das sich aus Mitgliedern der einzelstaatlichen Parlamente zusammensetzt, nicht ausgeschlossen werden sollte.

8. Nach Auffassung einiger Mitglieder der Gruppe sollte die parlamentarische Überwachung der Subsidiarität im Wege der üblichen Prüfung der Tätigkeit der Minister im Rat erfolgen. Andere Mitglieder sprachen sich für eine direktere Einbeziehung der einzelstaatlichen Parlamente im Rahmen eines spezifischen Verfahrens aus, bei dem sie in der Phase der Vorbereitung der Rechtsetzung (Frühwarnung) eingeschaltet und Rechtsvorschriften im Entwurf prüfen und auch feststellen könnten, ob die Konformität des betreffenden Vorschlags mit dem Subsidiaritätsprinzip gegeben ist. Dieser Ansatz hätte den Vorteil, dass die einzelstaatlichen Parlamente eine engere Beziehung zu europäischen Angelegenheiten hätten, ein größeres Europabewusstsein entwickelten und dass ein Gefühl der Mitgestaltung entstünde.
9. Alle Redner stellten übereinstimmend fest, dass ein neu zu schaffender Mechanismus unkompliziert und wirksam sein sollte und auf keinen Fall dazu führen darf, dass der Rechtsetzungsprozess verlangsamt wird oder dass die Tätigkeiten der EU beeinträchtigt werden.

Sonstige allgemeine Bemerkungen

10. Im Laufe der Aussprachen wurden folgende Bemerkungen vorgetragen:
- Nach Auffassung einiger Mitglieder der Gruppe werden derzeit die verschiedenen Möglichkeiten für die Einbeziehung der einzelstaatlichen Parlamente in europäische Angelegenheiten nicht voll genutzt und haben die Parlamente aus Mangel an Interesse (oder Zeit) Zuständigkeiten häufig nicht wahrgenommen.
 - Es wurde der Wunsch nach direkteren Kontakten zwischen der Kommission und den einzelstaatlichen Parlamenten geäußert, beispielsweise in Form von regelmäßigen Briefings der einzelstaatlichen Parlamente durch die Mitglieder der Kommission (Besuche oder Telekonferenzen), die unter anderem dazu dienen würden, die Gründe für bestimmte Initiativen der Kommission darzulegen und den einzelstaatlichen Parlamenten die Möglichkeit böten, die Kommission besser kennen zu lernen. Kommissionsmitglied Barnier begrüßte diese Anregung und sagte, er selbst habe regelmäßig vor den Parlamenten in den Mitgliedstaaten der EU gesprochen. Ferner wurde angeregt, dass die Kommissionsdokumente den einzelstaatlichen Parlamenten direkt zugeleitet werden, und zwar nicht nur über die Regierungen wie dies jetzt der Fall ist, sondern parallel zu diesen.